

# 100 TAGE PROGRAMM

## **1. Digitalisierung wird zur Chefsache**

Wir werden einen Digitalisierungsbeauftragten im Rathaus im Range eines Staatsrates benennen. Der Beauftragte soll die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe und der Dienstleistungen der Behörden ressortübergreifend steuern und voranbringen und darüber hinaus eine Digitalisierungsstrategie für das Land Bremen entwickeln. Hierzu werden wir die vorhandenen Digitalisierungskompetenzen in einer zentralen Einheit im Bereich der Senatskanzlei konzentrieren.

## **2. ‚Know How‘ bündeln und nutzen**

Wir werden im Rathaus in einem ersten Schritt zwei Expertenkreise zu den Themen ‚Wissenschaft und Innovation‘ sowie ‚Pflege‘ einberufen. Damit wollen wir das zu diesen Themen in Bremen vorhandene ‚Know How‘ aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung bündeln und vernetzen und Ressort übergreifende Lösungsvorschläge für die Herausforderungen in diesen Bereichen entwickeln.

## **3. Transparenz herstellen**

Wir wollen ein transparentes Projekt- und Beschwerdemanagement im Rathaus und den Ressorts einführen. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll perspektivisch die Möglichkeit haben jederzeit zu erfahren, in welchem Bearbeitungsstand sein Anliegen oder Antrag aktuell steht und welchen Bearbeitungsstand Projekte des Senats haben. Weiterhin muss es selbstverständlich werden, dass jede Bürgeranfrage beantwortet wird.

## **4. Lehrerstellen besetzen**

Im Bildungsressort wollen wir die Konzepte zur Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung erweitern. Unser Ziel ist es, freie und freiwerdende Stellen schneller bzw. übergangslos neu zu besetzen. Hierzu werden wir eine Anwerbekampagne aufsetzen, eine berufsbegleitende fachpädagogische Ausbildung für Seiteneinsteiger auf den Weg bringen und die Anzahl der Referendarplätze um 100 erhöhen.

## **5. Attraktiver Arbeitgeber werden**

Wir wollen ein Konzept zur Einführung von flexibleren Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst erarbeiten. Damit reagieren wir auf sich verändernde Ansprüche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und eröffnen zugleich einen Weg, vorübergehenden Fachkräftemangel und Personalmehrbedarfe abzufedern. Hierzu gehören für uns z.B. eine Prüfung des Umfangs von Kernarbeitszeiten, die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, mit denen die Arbeitszeit an verschiedene Lebenssituationen angepasst werden kann oder das sogenannte ‚Job Sharing‘ bei dem sich mehrere Arbeitnehmer einen Vollzeitarbeitsplatz teilen können.

## **6. Familien unterstützen**

Wir wollen die ganzjährige Aufnahme von Kindern in KITA-Einrichtungen umsetzen. Eine flexible, nicht an Stichtage gebundene Aufnahme von Kindern verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erhöht die Attraktivität unserer Städte für junge Familien. Bei der Umsetzung wird es darauf ankommen, die Platzbedarfe vorausschauend und bedarfsgerecht zu planen.

## **7. Schulen und Schulsportanlagen sanieren**

Wir werden ein mehrjähriges Landessanierungsprogramm für Schulgebäude und Schulsportanlagen vorlegen. Versehen mit einem Zeit- und Maßnahmenplan werden wir darin festlegen, wann welche Gebäude in welchem Umfang saniert werden. Ebenso werden wir einen Vorschlag zur Finanzierung der Maßnahmen unterbreiten und die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit an einer Stelle zusammenfassen.

## **8. Auf den Unterricht konzentrieren**

Wir wollen eine Umfrage bei allen Lehrerinnen und Lehrern aufsetzen, in der Aufgaben erhoben werden, die aus ihrer Sicht überflüssig sind bzw. von anderen wahrgenommen werden können. Damit wollen wir einen Überblick über die Bereiche bekommen, in denen Lehrerinnen und Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben entlastet werden können.

## **9. kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler**

Wir wollen für alle Schülerinnen und Schüler in Bremerhaven und Bremen ein kostenloses Schülerticket ab der 5. Klasse einführen. Das wird auch für Berufsschüler gelten. Damit wollen wir Familien finanziell entlasten und zur notwendigen Mobilität der Schülerinnen und Schüler beitragen.

## **10. Jugendkriminalität ernst nehmen**

Wir werden die Grundlage für die Umsetzung des „Haus des Jugendrechts“ schaffen.

Um Jugendkriminalität wirkungsvoll und entschieden entgegenzutreten, ist es erforderlich, dass Polizei, Justiz und Jugendämter schnell reagieren und konsequent Grenzen aufzeigen. Daher wollen wir in einem ‚Haus des Jugendrechts‘ alle staatlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten, der Polizei, der Justiz und den Einrichtungen der Jugendgerichtshilfe, bündeln, die Zusammenarbeit stärken und einen ‚Raum der kurzen und schnellen Wege‘ organisieren.

## **11. Personalbedarf der Justiz feststellen und anpassen**

Wir wollen die Personalbedarf in der Justiz an Hand von ‚PebbSy 1.0‘ neu berechnen. Die Leistungsfähigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit, wie die der Fachgerichte, hängt entscheidend von der zeitgerechten Verfügbarkeit ausreichenden und qualifizierten Personals ab. Mit Hilfe des Personalbedarfsberechnungssystems ‚PebbS‘ werden wir den Bedarf feststellen und in zukünftigen Haushalten berücksichtigen.

## **12. Tablets und Smartphones für die Polizei**

Wir werden die Polizeibeamtinnen und -beamten des Einsatzdienstes mit ‚mobilen Büros‘ ausstatten, die eine deutliche Arbeitserleichterung und Zeitersparnis bedeuten. Statt der Arbeit mit Zettel, Bleistift und Funkgerät wird mit Tablets und einer entsprechenden Software die Möglichkeit geschaffen, Berichte schnell und unkompliziert zu verfassen, um diese anschließend direkt auf den Polizeiservern hochzuladen und für die anderen Polizisten somit unmittelbar zugänglich zu machen. Sowohl die Polizei in Niedersachsen als auch in Nordrhein-Westfalen nutzen diese digitalen Prozesse bereits erfolgreich.

## **13. Mehr Polizeibeamte ausbilden**

Wir werden die Ausbildungszahlen für den Polizeivollzugsdienst um 40 erhöhen, mit dem Ziel, die Personalstärke der Polizei, trotz altersbedingter Abgänge, so schnell wie möglich in Bremen auf mindestens 2.800 und in Bremerhaven auf mindestens 520 Vollzugsbeamtinnen und -beamte zu erhöhen. Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung braucht Menschen, die sich für den Beruf bei der Polizei entscheiden. Diese ehrgeizige Zielsetzung setzt eine Anpassung Ausbildungskapazitäten an der Hochschule für öffentliche Verwaltung voraus, zudem werden wir einen zweiten Einstellungstermin im Jahr festlegen.

## **14. Überstunden abgelten oder ansparen**

Wir werden ein Konzept erarbeiten, das einen fairen Umgang mit denen zur Zeit mehr als 330.000 Überstunden der Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten anbietet. Dabei kommt für uns beispielsweise eine Wahlmöglichkeit zwischen sofortiger Auszahlung und Ansparen auf einem Lebensarbeitszeitkonto in Betracht. Wir werden in einem ersten Schritt mindestens die Hälfte der bei der Bremer Polizei angefallenen Überstunden finanziell abgelten.

## **15. Senatsresort für Pflege und Gesundheit**

Wir werden die Zuständigkeit für Kranken- und Altenpflege in einem Ressort für ‚Gesundheit und Pflege‘ zusammenführen und einen Pflegebeauftragten einsetzen. Der Fachkräftemangel im Pflegebereich, die Umstellung auf die generalistische Pflegeausbildung und die zunehmende Bedeutung dieses Bereichs machen es aus unserer Sicht erforderlich, die Pflege-Kompetenzen der Verwaltung in einem Ressort zu bündeln. Der Pflegebeauftragte vertritt die Interessen der zu Pflegenden und soll ein Beschwerdemanagement für die zu Pflegenden und ihre Angehörigen aufbauen.

## **16. Medizinstudium in Bremen**

Wir werden die bisherigen Planungen für eine Teilausbildung von Medizinerinnen an den Bremer Krankenhäusern erweitern und die Machbarkeit einer medizinischen Fakultät an der Bremer Universität prüfen mit dem Ziel eine vollmedizinische Ausbildung zu ermöglichen. Wir erwarten dadurch für die Universität nicht nur Impulse für die nächste Runde der Exzellenzinitiative und einen Beitrag zur Verminderung des Ärztemangels, sondern wollen das in Bremen und Bremerhaven schnell verfügbare medizinisch-wissenschaftliche ‚Know-How‘ bündeln. Darüber hinaus wollen wir dadurch eine Stärkung der Gesundheitswirtschaft erreichen.

## **17. Pädagogisches Institut und Stadtteilimpuls in Bremerhaven**

Wir wollen den Beschluss über die Entwicklung eines pädagogischen Instituts der Universität Bremen am Standort Bremerhaven fassen und einen Gründungsbeauftragten benennen. Mit der Ansiedlung eines neuen geisteswissenschaftlichen Instituts „Professional School of Education“ der Landesuniversität Bremen im Goethe-Quartier in Bremerhaven wollen wir der Seestadt und insbesondere im Stadtteil Lehe einen zukunftsweisenden Impuls ermöglichen. Die veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft und die neuesten Entwicklungen im Bereich Bildung öffnen neue Felder für die Bildungsforschung und Ausbildung: Inklusion und Hochbegabung, Migration und Flüchtlinge oder Deutsch als Zweitsprache sind Themen, die eine immer stärkere Rolle in der Pädagogik und der Ausbildung von Pädagogen der Zukunft spielen werden.

## **18. Verkehrssteuerung digitalisieren**

Wir werden ein Konzept zur Entwicklung einer verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätsplattform im Internet und als App erstellen. Dieses Programm soll nicht nur Verkehrsnachrichten enthalten und über die Verfügbarkeit von Parkraum in Echtzeit Auskunft geben, sondern darüber hinaus Verkehre ganzheitlich erfassen, innovativ und bedarfsorientiert lenken und die verschiedenen Träger der Mobilität intelligent verknüpfen. Wir wollen damit Reise- und Lieferzeiten verkürzen, das ‚Unterwegs-Sein‘ sicherer und stressärmer als bisher gestalten und zu einer Reduzierung des Schadstoffausstoßes und Ressourcenverbrauchs beitragen.

## **19. Sanierung von Straßen und Brücken**

Wir werden eine Prioritätenliste für zu sanierende Straßen und Brücken erstellen, um den Sanierungsbedarf schrittweise abzubauen. Bei der Erstellung der Prioritätenliste sind auch Auswirkungen von Sanierungsarbeiten zu beachten. Das Baustellenmanagement werden wir an einer zentralen Stelle zusammenführen und die Digitalisierung einleiten.

## **20. Seilbahn-Varianten**

Wir werden die vom Senat in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für eine Seilbahn in die Überseestadt dahingehend anpassen, dass auch die Machbarkeit einer Weserquerung bis zum Neustädter Bahnhof und die Anbindung des Hauptbahnhofes geprüft wird. Aus unserer Sicht sollte die Machbarkeitsstudie eine Variante betrachten, die an einem Verkehrsknotenpunkt startet, der möglichst vielen potentiellen Nutzern ein einfaches Umsteigen in die Seilbahn ermöglicht.

## **21. Verkehrsentlastung Überseestadt**

Wir wollen die Verkehrssituation in der Überseestadt durch drei Sofortmaßnahmen kurzfristig verbessern: Wir werden eine zweite Fahrspur auf der Straße ‚Auf der Muggenburg‘ und der ‚Eduard Schopf Allee‘ in beide Fahrrichtungen einrichten, wir werden die Straßenbahntrasse der Linie 3 auf dieser Strecke für Busse und Elektrofahrzeuge ertüchtigen, so dass diese nicht im Stau stehen müssen und wir werden die Ampelschaltung, insbesondere an der Auffahrt zur B 6, verkehrsangepasst optimieren.

## **22. Ausschreibungen vereinfachen**

Zur Förderung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks sowie als Beitrag zum Bürokratieabbau werden wir die Wertgrenzen für das vereinfachte Vergabeverfahren im Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz wie folgt erhöhen:

- für die freihändige Vergabe von Bauleistungen (VOB/A) von 50.000 € auf 100.000 €
- für die beschränkte Ausschreibung von Bauleistungen (VOB/A) von 500.000 € auf 1 Mio. €
- für die freihändige Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen (UVgO) von 50.000 € auf 100.000 €.

## **23. Schwerlastterminal planen**

Wir werden die Pläne zum Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) in der geplanten Größe weiterverfolgen und im erforderlichen Planergänzungsverfahren die Bedarfe durch eine stärkere Berücksichtigung von Nicht-Offshore-Schwerlastgütern gerichtsfest begründen. Bremerhaven braucht Arbeitsplätze. Ein Schwerlastterminal mit direktem Anschluss an das Industriegebiet Luneplate ist Voraussetzung für Unternehmensansiedlungen.

## **24. Fachkräftebedarf decken**

Wir werden ein Konzept zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktförderung vorlegen. Unser Ziel ist es, Maßnahmen der beruflichen Qualifikation ausschließlich an den tatsächlichen künftigen Bedarfen zu orientieren.

## **25. Familien in Bremen halten**

Wir werden ein Sofortprogramm Wohnungsbau für Familien auflegen. Unser Ziel ist es, über alle Stadtteilen kurzfristig mindestens Grundstücke für 500 Wohneinheiten für Familien zu identifizieren um sie zur Bebauung zur Verfügung (Verkauf oder Erbpacht) zu stellen. Noch immer ziehen mehr Familien von Bremen nach Niedersachsen als umgekehrt. Diese seit Jahren anhaltende Entwicklung verändert das soziale Gefüge der Stadt.

## **26. Bauflächenmelder**

Wir wollen einen ‚Flächenmelder‘ für Wohnbauflächen und Aufstockung an den Start bringen. Immer wieder erreichen uns Hinweise zu bebaubaren Flächen, bei denen entweder das Bauplanungsrecht angepasst werden müsste oder die Eigentumsverhältnisse unklar sind. Unser Ziel ist es diese Flächen systematisch zu erfassen, um ggf. das Bauplanungsrecht anzupassen und Wohnraumbau zu ermöglichen.

## **27. Zukunft des Neustädter Hafens**

Wir wollen für den Bereich des Neustädter Hafens eine Machbarkeitsstudie und einen Ideenwettbewerb in Auftrag geben, mit dem Ziel, vor Ende des bestehenden Pachtverhältnisses im Jahr 2027 ein Nutzungskonzept zu entwickeln, mit dem ergebnisoffen eine künftige industrielle, gewerbliche und/ oder wohnbauliche (innovative) (Um-) Nutzung des Gebietes geprüft wird.

## **28. Sporthallen instand setzen**

Wir werden ein Sofortprogramm für die Sanierung der Bremer Sporthallen einschließlich der Sporthallen der Universität vorlegen. Sportvereine und der Sport an sich leisten neben Gesundheitsaspekten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten. Dabei ist der Sport auf intakte Hallen und Sportflächen angewiesen. In der Praxis sind viele Hallen durch jahrelange unterlassene Instandsetzung in einem schlimmen Zustand, teilweise sind sie unbenutzbar. Hier gilt es, endlich gegenzusteuern.

## **29. Schwimmen für Kinder**

Wir werden den Eintritt für Kinder bis sechs Jahre in die Bremer Bäder kostenlos stellen. Damit wollen wir Familien finanziell entlasten und gleichzeitig einen Anreiz geben, Kinder frühzeitig an Wasser, das Schwimmen und den Schwimmsport zu gewöhnen. Für uns gilt ferner jedes Kind muss am Ende der Grundschulzeit auf dem Niveau des ‚Bronze-Abzeichens‘ schwimmen können.

## **30. Bäderkonzept auf den Prüfstand**

Wir werden das derzeitige Bäderkonzept einer kritischen Überprüfung, insbesondere hinsichtlich der Entscheidung zum Abriss des Unibades, unterziehen. Dabei geht es insbesondere darum, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Schließung oder dem Weiterbetrieb und einer Sanierung des Unibades nachzuholen. Zudem muss das Bäderkonzept hinsichtlich der Sanierung des Vegesacker Bades dringend nachgebessert werden.

## **31. Einweggeschirr**

Wir wollen die Nutzung von Einweggeschirr bei Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Flächen untersagen. Damit wollen wir einen Beitrag zur Müllvermeidung und zum Klimaschutz leisten.

## **32. Dienstwagen elektrisieren**

Wir wollen die Dienstwagenflotte des Senats und der Behörden des Landes Bremen bei turnusmäßigen Neubeschaffungen, und soweit geeignete Fahrzeuge verfügbar sind, auf Elektroantrieb umstellen. Unser Ziel ist es, den CO2 Flottenverbrauch der bremischen Dienstwagen deutlich zu reduzieren, damit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und eine Vorbildfunktion einzunehmen.

## **33. e-Bike Leasing**

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst im Rahmen der Entgeltumwandlung Dienstfahrräder leasen, die auch privat genutzt werden können. Für Beamte ist dies durch eine Änderung des Besoldungsgesetzes zu erreichen, für Angestellte im öffentlichen Dienst durch eine Vereinbarung mit den zuständigen Tarifpartnern.